



„Das geht nicht spurlos vorüber“

Martin Becher kämpft seit 2011 gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Nun gibt er sein Amt im Kampf gegen Rechtsaußen ab – in einer schweren Stunde der Demokratie

Interview: Olaf Przybilla

Nach zwölf Jahren gibt Martin Becher im September die Leitung der im fränkischen Bad Alexandersbad angesiedelten, bayernweit agierenden „Projektstelle gegen Rechtsextremismus“ ab. Ein Gespräch über Neonazis und „Rechtsöffene“, das Gift des Hasses und einen Tag im Leben des Björn Höcke.

SZ: Herr Becher, man soll aufhören, wenn's am schönsten ist. In Ihrem Fall, was die Gefahr von Rechtsaußen betrifft: Ist es da nicht am schlimmsten gerade?

Martin Becher: Ich werde mich bei der Landeskirche künftig um Demokratieförderung kümmern, bleibe also im Thema. Aber klar: Würde man meine Arbeit danach bewerten, ob es nach meiner Amtszeit weniger Extremes auf der rechten Seite gibt, so könnte ich nur mit „Asche auf mein Haupt“ reagieren. So gesehen wäre das Ergebnis fürchterlich. Bezieht man aber ein, wie stark die Gesellschaft bei dem Thema sensibilisiert, wie hoch die Bereitschaft der Demokraten zur Zusammenarbeit ist, dann hat sich Vieles zum Guten gewendet. Es ist aber beileibe nicht so, dass ich die Stelle verlasse und sie damit eingestellt werden könnte. Ganz im Gegenteil.

Sie bekommen einen Nachfolger.

Es wird eine Person geben, die im Oktober vorgestellt wird. Woran man auch sehen kann: Das Bayerische Bündnis für Toleranz mit seinen 90 Mitgliedsorganisationen ist sehr gefestigt inzwischen, auch das ist eine Erfolgsgeschichte.

Die Projektstelle wurde 2007 gegründet, hat ihren Sitz im nordoberfränkischen Bad Alexandersbad. Sonneberg, wo künftig ein AfD-Landrat regiert, grenzt direkt an Nordoberfranken.

Es ist ja bekannt, dass Sonneberg als einziger nicht-bayerischer Landkreis zur Metropolregion Nürnberg gehört. Wir haben die Entwicklung dort vorher schon intensiv beobachtet, unser Blick darf ja nicht an den bay-

erischen Grenzen stoppen. Im südthüringischen Kreis Hildburghausen etwa hat 2017 der größte Neonazi-Auflauf seit den Aufmärschen von Wunsiedel stattgefunden, mit 6000 Rechtsextremisten. Und jetzt also die Wahl in Sonneberg. Das betrifft uns natürlich stark.

Täuscht der Eindruck oder gibt es einen regen Austausch rechter Kader über Grenzen von Bundesländern hinweg? Jener Mann etwa, der im oberfränkischen Oberprex ein rechtes Zentrum etablieren wollte, ist inzwischen Kreisrat im südsächsischen Vogtlandkreis.

Wir beobachten das schon lange: Die extreme Rechte schaut, wo sie die besten Bedingungen zum Agieren und Agitieren findet. Führende Köpfe der inzwischen verbotenen neonazistischen Organisation „Freies Netz Süd“ und der rechtsextremistischen



Martin Becher ist Geschäftsführer des „Bayerischen Bündnisses für Toleranz“ und Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus am Evangelischen Bildungszentrum Bad Alexandersbad. FOTO: MARCELO HERNANDEZ/FUNK FOTOS

Kleinpartei „Dritter Weg“ sind geborene Ostdeutsche, die zwischenzeitlich nach Franken übersiedelt waren. Bis dort der Verfolgungsdruck so hoch wurde, dass sie nach Sachsen und Brandenburg abgewandert sind. Hohe AfD-Kader wiederum stammen aus dem Westen Deutschlands – und haben sich als politische Heimat den Osten ausgesucht.

Franken wird seit den Siebzigerjahren schwer heimgesucht: Die Wehrsportgruppe Hoffmann, der antisemitisch motivierte Doppelmord von Erlangen, der Anschlag des Nürnberger Neonazis Oxxner, Neonazi-Aufmärsche in Wunsiedel

und Gräfenberg, der Anschlag aufs Auto von Michael Helmbrecht, früherer Sprecher von „Gräfenberg ist bunt“, der Fall Oberprex, die NSU-Morde. Dazu das verbotene „Freie Netz Süd“ und der „Dritte Weg“: beide verankert in Franken. Und nun Sonneberg, sozusagen Kulturfranken. In Franken war die NSDAP früher als sonst wo erfolgreich. Zufall – oder ist der Schoß noch fruchtbar?

Die Aktionsbedingungen für Neonazis waren ohne Frage günstig in Franken, mindestens bis etwa 2014. Allerdings waren Neonazis zwar das Kernthema bei meinem Dienstantritt 2011 – deshalb auch die Verortung der Projektstelle in Bad Alexandersbad, nahe Wunsiedel. Die heutige Herausforderung aber sind nicht mehr in erster Linie Neonazis, sondern neue Strukturen wie Reichsbürger, Identitäre oder Pegida mit ihrer Sogwirkung in einen rechtsoffenen Teil der Mitte der Gesellschaft. Die Szene ist viel komplexer, ausdifferenzierter, weitreichender.

Mit dieser Szene umzugehen, dürfte nicht leichter werden.

Es war schon mühsam, einen Konsens darüber zu erzielen, dass man mit Neonazis nicht spricht. Aber jetzt? Wenn 20 Prozent der Bevölkerung rechts außen wählen, kann man die ja nicht alle ausschließen und sagen: Mit denen rede ich nicht. Die Strategien für einen Umgang mit Rechtsaußen sind damit viel anspruchsvoller geworden. Optimismus, meiner Nachfolge leichtere Zeiten zu überlassen, kann ich folglich nicht verbreiten. Das ist aber nicht der Grund, warum ich das Amt abgebe. Heinrich Bedford-Strohm, der Sprecher des Bündnisses, hört auf. Seine Nachfolge sollte jemandem Neues an der Seite haben.

Ist es nicht wahnsinnig zermürbend, sich zwölf Jahre lang mit Rechtsextremisten auseinandersetzen zu müssen? Was Sie da ansprechen, ist eine ganz große Anforderung an Menschen, die länger mit dieser Szene konfrontiert sind. Man muss aufpassen, dass einen das nicht vergiftet.

Der permanente Hass, das geht nicht spurlos an einem vorüber. Mein Vorteil war immer: Wir sind die Projektstelle gegen Rechtsextremismus, aber ich bin auch Geschäftsführer des „Bayerischen Bündnisses für Toleranz“. Das heißt, ich habe auch intensiv mit Menschen zusammengearbeitet, die sich für Menschenwürde einsetzen. Und das sind unglaublich positive Menschen.

Von jener Art, die am vergangenen Sonntag den AfD-Marsch von Würzburg blockiert und zum Erfolg von Demokraten gemacht haben?

Ein wunderbares Beispiel. Björn Höcke fährt an dem Tag von Thüringen aus in die Unistadt in Unterfranken und erlebt – angesichts einer klaren Mehrheit des jungen, bunten Würzburgs – ein Debakel. Danach fährt er ins ländliche Sonneberg und feiert einen für ihn historischen Sieg. Das passiert gleichzeitig, keine 130 Kilometer entfernt voneinander, hier wo dort wird fränkisch gesprochen. Wir dürfen das eine nicht ohne das andere sehen. Wir müssen anerkennen, dass unsere Lebenswelten extrem auseinander klaffen. Die Städte haben sich unglaublich ausdifferenziert, die Unterschiede zu ländlichen Regionen werden größer. Die Politik, die man für Würzburg macht, empfinden möglicherweise Menschen in Lauscha, Kreis Sonneberg, als für sie unpassend. Am Sonntag war das wie unter einem Brennglas zu beobachten.

Was kann demokratische Politik tun gegen das Erstarken von Rechtsaußen?

Erstens Sachpolitik betreiben und darüber reden – das ist die Leerstelle der AfD. Zweitens identitätspolitisches Geranie unterlassen, denn das ist die Sphäre der Populisten. Drittens Akteure stark machen, die verbinden: seriöse Presse, die Öffentlich-Rechtlichen oder ein faires Wahlgesetz sind solche zentripetalen Kräfte. Viertens der Versuchung widerstehen, auf Kosten der demokratischen Mitbewerber kleine Geländegewinne zu machen – zum größten Schaden der Demokratie.